

CHINA UND INDOCHINA: STRATEGIE UND PERSPEKTIVE

Peter J. Opitz

Vom 13. bis 17. Juli 1981 tagte in New York am Sitz der Vereinten Nationen eine internationale Konferenz, die aufgrund einer Resolution(1) der Generalversammlung vom 22. Oktober 1980 zustande gekommen war und zu der 91 Staaten ihre Vertreter entsandt hatten. Ihre Aufgabe war es, nach einer friedlichen Lösung des Konflikts in Kampuchea zu suchen. Daß es ihr nicht gelang, realistische Perspektiven für eine Lösung des Konflikts zu weisen, dürfte weder für die Beteiligten noch für die Betroffenen eine Überraschung dargestellt haben. Denn spätestens nach der Weigerung Hanois - sowie Moskaus und der anderen Staaten des Warschauer Paktes -, an der New Yorker Tagung teilzunehmen, war deren Scheitern vorprogrammiert.

Doch auch vorher schon hatten Kenner der indochinesischen Szene dem Unternehmen keine Erfolgchancen eingeräumt. Denn auch die andere in den Konflikt verwickelte Macht - die Volksrepublik China - hatte keine Kompromißbereitschaft signalisiert, sondern starr auf ihren Positionen beharrt. Wenn die chinesische Führung dennoch besonders aktiv die Initiative der ASEAN-Staaten zu dieser Konferenz unterstützt hatte, so geschah dies vor allem, weil sie sich von einem solchen Treffen eine Förderung ihrer eigenen Ziele versprach. Diese Rechnung ging auf: Peking gelang es, sich in entscheidenden Punkten gegen den von den ASEAN-Staaten auf der Tagung ihrer Außenminister in Manila (17.-18. Juni 1981) erarbeiteten Kompromißvorschlag(2) durchzusetzen: Weder deren Forderung nach Entwaffnung der Roten Khmer noch die der Ablösung der Regierung des Demokratischen Kampuchea durch eine Übergangsregierung wurden in die "Erklärung zu Kampuchea" vom 17. Juli 1981(3) aufgenommen. Damit aber war gesichert, daß Vietnam den darin enthaltenen Empfehlungen nicht nachkommen würde und somit international noch weiter in die Isolation geriet.

Ob dies unbedingt im Interesse der westlichen Staaten ist, die sich schließlich ebenfalls auf den chinesischen Kurs ziehen ließen, wäre zu prüfen. Zweifellos gibt es eine Reihe von Gründen, die dagegen sprechen. Denn über den strategischen Gemeinsamkeiten, die in den letzten Jahren eine Annäherung zwischen den Staaten des Westens und Chinas begünstigten, sollte nicht übersehen werden, daß gewichtige

differierende und konfligierende Interessen fortbestehen. Sie zu übersehen kann zu nur schwer reparablen Schäden führen.

Im Oktober 1982 hat die 37. UN-Generalversammlung die Wiederaufnahme der internationalen Kampuchea-Konferenz gefordert und Generalsekretär Peres de Cuellar um seine Dienste bei den Bemühungen um eine umfassende friedliche Lösung des Kampuchea-Problems gebeten. Vor diesem Hintergrund erscheint es angebracht, die Zielsetzungen der VR China in Indochina einmal etwas näher zu untersuchen und dabei einige Thesen zur derzeitigen und künftigen Strategie Pekings in dieser Region zur Diskussion zu stellen.

Strategische Zielsetzungen Chinas

Es war der ehemalige Staatschef von Kumpuchea, Samdech Norodom Sihanouk, der vor einigen Jahren Jean La-couture die folgende Einschätzung der Ziele und Absichten Pekings in der Region zu Protokoll gab:

"Als Staat hat China ein Interesse daran, sich mit Freunden, mit unabhängigen Nachbarn zu umgeben, bei denen keine Gefahr besteht, daß sie seine Sicherheit bedrohen. China, das so ungeheuer groß ist, braucht keine Satelliten. Es braucht vielmehr Nachbarn, die zu niemanden in einem Satelliten-Verhältnis stehen, weder zu den USA, noch zu der UdSSR noch zu Japan. In den Augen der Chinesen wäre der Idealfall - das hat mir Ministerpräsident Tschou En-lai des öfteren erklärt - unabhängige, neutrale Nachbarn zu besitzen, von denen es nichts zu befürchten hat - und nicht etwa 'Schützlinge', für die es verantwortlich wäre und die es in eine unerwünschte Politik vielfacher Verantwortung verwickeln würden."(4)

Obwohl Äußerungen von Sihanouk in der Regel mit Vorsicht aufzunehmen sind und es fraglich ist, ob er nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre noch immer der Ansicht ist, daß es der chinesischen Führung tatsächlich nur um "unabhängige, neutrale Nachbarn" geht, dürfte über eines der hier angesprochenen Ziele Pekings kaum Dissens bestehen, nämlich über dessen Wunsch, die Region von Einflüssen anderer Großmächte zu 'befreien' bzw. freizuhalten. Letzteres gilt natürlich nicht nur für Indochina, sondern ebenso auch für Thailand und Birma.

Die Ereignisse der letzten Jahre haben aber noch etwas anderes deutlich gemacht: die Abneigung Chinas gegen einen Zusammenschluß der drei indochinesischen Staaten.

Natürlich hat die chinesische Führung diese Abneigung nie expressis verbis zu Protokoll gegeben, sondern stets versichert, eine Konföderation zu akzeptieren - sofern sie von den drei Völkern gewünscht werde. Doch genau dies ist der entscheidende Punkt. Denn natürlich weiß man in Peking sehr genau, daß man weder in Laos, noch in Kampuchea an einer solchen Föderation interessiert ist, da eine solche - angesichts des unterschiedlichen Gewichts der betreffenden drei Staaten - sofort von Vietnam dominiert werden würde. Die prinzipielle Bereitschaft Chinas, einen solchen Zusammenschluß zu tolerieren, ist somit eher als Taktik zu werten. In Wahrheit dürfte China der nationalen Zersplitterung der Region - sprich: ihrer "Balkanisierung" - den Vorzug geben, da es auf diese Weise die Entwicklungen dort leichter kontrollieren kann. Eine Überlegung könnte allerdings die chinesische Abneigung ins Wanken bringen: Der Gedanke nämlich, daß auf sich allein gestellte, vielleicht sogar untereinander zerstrittene Einzelstaaten, eher dazu neigen, bei anderen Großmächten Zuflucht zu suchen als eine mit einem größeren Eigengewicht ausgestattete Föderation. Andererseits wäre natürlich eine solche Föderation, würde sie unter den Einfluß einer anderen Großmacht geraten, für China erheblich gefährlicher. Wie immer man es wendet: Das Spannungsverhältnis, das zwischen diesen beiden strategischen Zielen Pekings besteht, ist kaum aufzulösen.

Verschlechterung der chinesischen Positionen nach 1975

Beide Zielsetzungen - die Zurückdrängung ausländischer Mächte und die Verhinderung einer Einigung Indochinas - lassen sich in der chinesischen Politik seit 1949 verfolgen, (5) wobei der Schwerpunkt durchgängig auf der Zurückdrängung ausländischer Mächte lag - zuerst Frankreichs, später der USA. Die Gefahr einer föderativen Einigung Indochinas hatte dagegen vor 1975 nie bestanden. Im Gegenteil, die Existenz starker kommunistischer Bewegungen hatte die Zersplitterung der drei Staaten sogar noch verstärkt: In Vietnam gab es seit der Genfer Konferenz von 1954 *d e j u r e* zwei Staaten, und Zweifel am chinesischen Interesse an einer Wiedervereinigung Vietnams kamen nicht erst zu Beginn der 70er Jahre auf, als ein Sieg der Kommunisten immer wahrscheinlicher wurde. Laos und Kampuchea aber waren seit Mitte der 60er Jahre *d e f a c t o* geteilt. Daß auch nach einem Sieg der drei kommunistischen Bewegungen die Wahrscheinlichkeit eines Zu-

sammenschlusses gering war, dürfte nirgendwo besser bekannt gewesen sein als in Peking, wo man von den bestehenden Rivalitäten und Animositäten nicht nur wußte, sondern sie gelegentlich auch für eigene Zwecke ausgenutzt hatte.

Seit der Machtübernahme der kommunistischen Bewegungen in den drei Staaten Indochinas hat sich die Lage Pekings in der Region eher verschlechtert als verbessert: An die Stelle der einen "Supermacht" trat bald die andere - am deutlichsten dokumentiert durch den Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und Vietnam vom November 1978. Und wenn sich Moskau auch nicht - wie ehemals Washington - auf weitere verbündete Regierungen in Ost- und Südostasien stützen kann und auch der Plan eines kollektiven Sicherheitssystems für Asien nicht mehr weiter propagiert wird, ist der sowjetische Einfluß aus chinesischer Sicht nicht minder gefährlich: zum einen aufgrund der langen gemeinsamen Nordgrenze, durch die Moskau Peking in einen noch gefährlicheren Mehrfronten-Krieg verwickeln könnte, als früher die USA; zum anderen, weil aus einer Reihe von Gründen Indochina für Moskau strategisch erheblich wichtiger ist, als es jemals für Washington war:

- Anders als die USA, die sich in Ostasien immer auf ein ganzes Netz befreundeter Staaten stützen konnten und auch nach dem militärischen Rückzug aus Indochina in der Region präsent blieben, gibt es für Moskau in ganz Südostasien kein anderes Land, das für die Verbindung seiner Fernost- und Schwarzmeerhäfen günstiger plaziert wäre als Vietnam. (6)
- Hinzu kommt die strategische Bedeutung durch die Nähe zur Malakka-Straße, die sich nicht nur zur Bedrohung wichtiger amerikanischer Seewege eignet, sondern unter Umständen auch für eine wirtschaftliche Verunsicherung Japans. (7)
- Zudem wäre kein denkbarer anderer Verbündeter militärisch gleichermaßen potent und seit langem auf sowjetisches Rüstungsmaterial eingestellt wie Vietnam.
- Schließlich hat kein anderer Staat der Region eine für Moskau strategisch so wichtige Grenze zu China und dieselben tiefen anti-chinesischen Ressentiments.

Zumindest aus sowjetischer Sicht erscheint Hanoi deshalb als eine Art "natürlicher Verbündeter", und es ist sehr wahrscheinlich, daß seine Unterstützung im Krieg gegen die USA auch schon mit Blick auf China geschah. Dies bestätigt auch die langfristig angelegte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Hanoi, die auf der 32. Ratstagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 27.-29. Juni 1978 in der Auf-

nahme Vietnams als zehntes Mitglied gipfelte.(8) Es spricht somit einiges dafür, daß Moskau heute eher in anderen Teilen der Welt bereit wäre, Konzessionen zu machen und strategische Positionen zu opfern, als in Indochina.

Auch hinsichtlich des zweiten Zieles hat sich die Situation für China eher verschlechtert. Denn selbst wenn Hanoi bestreitet, eine indochinesische Föderation anzustreben, besteht eine solche *de facto* seit der stillen Unterwanderung von Laos seit 1976 und der militärischen Okkupation Kampuchéas im Frühjahr 1979. Sollte es Moskau und Hanoi zudem noch gelingen, dem von ihnen in Phnom Penh etablierten Heng-Samrin-Regime internationale Anerkennung zu verschaffen, so wäre ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung auf einen Zusammenschluß Indochinas unter vietnamesischer Hegemonie gemacht.

Damit stellt sich die Frage: Mit Hilfe welcher Strategie glaubt Peking, diesen Prozeß stoppen und rückgängig machen zu können? Denn daß die chinesische Führung diese Entwicklung nicht tatenlos hinnehmen kann, liegt auf der Hand.

Die chinesische Strategie

Eine richtige Antwort - sofern es sie überhaupt gibt - findet sich sicherlich nicht, wenn man sich allein auf die regionalen Ziele Pekings konzentriert. Denn bei aller sicherheitspolitischen Empfindlichkeit hat die chinesische Führung wiederholt bewiesen, daß sie nicht in regionalen, sondern in globalen Dimensionen denkt; und auch die ständigen Warnungen vor einer sowjetischen "Globalstrategie" sind sicherlich mehr als nur an das Ausland gerichtete Rhetorik. Auf die konkrete Situation bezogen heißt das: Zweifellos sieht sich Peking durch die sowjetische Präsenz in den drei Staaten Indochinas bedroht. Angesichts der harten Haltung der Reagan-Administration gegenüber Moskau und der strategischen Zusammenarbeit zwischen Washington und Peking ist jedoch für die sowjetische Führung ein Angriff auf China - selbst eine begrenzte Aktion - militärisch wie politisch unkalkulierbar geworden und damit weniger wahrscheinlich denn je. Deng Xiaoping hatte die Gefahr eines sowjetischen Gegenschlags schon vor dem chinesischen Vietnam-Feldzug im Februar 1979 ausgeschlossen; er kann sich heute noch sicherer fühlen als damals.

Die Bedrohung Chinas in Vietnam ist somit langfristiger und strategischer Natur. Gerade deshalb aber ist die chinesische Führung - so die hier vertretene These - auch

nicht auf eine schnelle Lösung des Konflikts in Indochina fixiert, sondern dürfte sich der Hoffnung hingeben, mit etwas Geduld und Geschick eine grundlegende Lösung beider Probleme zu erreichen - also

- sowohl die sowjetisch-vietnamesische Allianz wieder zu sprengen als auch
- Vietnam zum Rückzug aus Kampuchea und Laos und damit zur Aufgabe möglicher Föderationspläne zu zwingen. (9)

Das Mittel dafür ist eine Strategie des begrenzten Konflikts, die Moskau - vor allem aber Hanoi - auf die Dauer zermürben soll. Teil dieser Strategie ist es, den beiden Gegnern nicht die geringsten Zugeständnisse zu machen, sondern auf eine Politik kalkulierter Konfrontation zu beharren; die Haltung Pekings auf der Kampuchea-Konferenz in New York war ein Beweis für diese Strategie.

Gegenüber Moskau ist die Region für eine solche Zermürbungsstrategie relativ gut geeignet. Denn während die Sowjetunion kein unmittelbarer Nachbar Indochinas ist und aus diesem Grunde - aber auch aus Rücksicht auf Hanoi - nicht so flexibel reagieren kann wie etwa in Afghanistan, besitzt Peking den Geländevorteil und verfügt damit über eine breite Palette von Einwirkungsmöglichkeiten. So kann die chinesische Führung nach Belieben auf Grenzkonflikte, Untergrundtätigkeit, Hilfe an die Nachbarstaaten zurückgreifen. Hinzu kommt, daß sich die Sowjetunion in Vietnam nicht auf militärische Hilfe beschränken kann, sondern auch den wirtschaftlichen Kollaps ihres Bündnispartners verhindern muß. Ob Moskau angesichts der angespannten Wirtschaftslage im eigenen Lande dazu überhaupt imstande ist, wird von vielen Beobachtern bezweifelt. Doch selbst wenn eine wirtschaftliche Sanierung Vietnams gelingt, zehrt die derzeit auf vier bis sechs Millionen Dollar täglich geschätzte Hilfe an Vietnam zusammen mit den Hilfeleistungen, die für Kampuchea, Laos, Kuba, Äthiopien, Afghanistan und andere Länder aufzubringen sind, erheblich an den Kräften der sowjetischen Wirtschaft. (10)

Auch politisch dürfte die Unterstützung eines aggressiven und expansiven Vietnams wenig Freunde bringen. Dies zeigte schon die 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 1981, in der ein von den fünf ASEAN-Staaten und 28 weiteren Ländern eingebrachter Antrag auf Abzug aller fremden Truppen aus Kampuchea von 100 Staaten unterstützt wurde. Nur 25 Staaten (zumeist von Moskau abhängige Länder) hatten dagegen votiert, während sich 19 Staaten der Stimme enthielten - unter ihnen Indien, das ansonsten mit Hanoi sympathisiert und die Schuld am Kam-

puchea-Problem eher China und Thailand anlastet. Noch deutlicher äußerte sich ein Jahr später die 37. Generalversammlung, als sie sich am 28. Oktober 1982 mit 105 gegen 23 Stimmen bei acht Enthaltungen und elf Nicht-Teilnahmen für den Abzug der vietnamesischen Truppen und die Abhaltung freier Wahlen unter UNO-Aufsicht aussprach.(11)

Unmittelbare Nachteile dürften Moskau vor allem bei den ASEAN-Staaten entstehen, die sich angesichts des sowjetischen Engagements auf seiten Vietnams jeder weiteren Annäherung Moskaus verweigern und statt dessen ihre Zusammenarbeit mit Washington vertiefen.

Die chinesische Strategie gegenüber Vietnam

Noch wirkungsvoller ist die chinesische Zermürbungsstrategie gegenüber Vietnam. Denn Hanoi ist seinem nördlichen Nachbarn nicht nur vom Kräftepotential her weit unterlegen, sondern hat sich vor allem durch sein militärisches und politisches Engagement in Laos und Kampuchea verwundbar gemacht. So hat die militärische Präsenz Vietnams in beiden Nachbarländern - aus chinesischer Sicht - mindestens zwei positive Nebenwirkungen:

1. Sie stellt eine Art Katalysator für den anti-vietnamesischen Widerstand in den beiden Staaten dar, der auf die Dauer die pro-vietnamesischen Gruppen isoliert und nach einer möglichen Neutralisierung die beste Garantie gegen eine vietnamesische Unterwanderung bietet.
2. Sie isoliert Vietnam in der Region und schadet - wie die Abstimmungsergebnisse in der UNO zeigen - auch dem Ansehen Hanois in der Welt.

Im einzelnen lassen sich folgende Ziele der chinesischen Strategie ausmachen:

Die m i l i t ä r i s c h e Zermürbung Vietnams: Sie vollzieht sich zum einen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze selbst, an der auf chinesischer Seite ca. 250.000 Mann stationiert sind. Obwohl eine Wiederholung der chinesischen "Strafexpedition" vom Februar 1979 wenig wahrscheinlich ist, muß die vietnamesische Führung dennoch militärisch auf chinesische Aktionen vorbereitet sein und eine entsprechend große Gegenmacht - die Rede ist von ca. 280.000 bis 300.000 Mann - bereithalten. Wachsamkeit ist schon deshalb geboten, weil Peking durch militärische Zwischenfälle, Stoßtrupp-Unternehmen, Artillerie-Bombardements und Subversion der ethnischen Minoritäten Vietnams die Grenze ständig unter Druck hält.

Hinzu kommt die Gefahr, daß China eine vietnamesische Gegenarmee ausrüstet, für die es in den 250.000 nach China geflüchteten Hoa-kieu und anderen vietnamesischen Flüchtlingen über ein beachtliches Reservoir verfügt. Vietnamesische Meldungen über eine mit vietnamesischen Waffen und Uniformen ausgerüstete "Hoang-Van Hoan-Armee" sind in diesem Zusammenhang von Interesse; sie sind sicherlich mehr als nur Propaganda. Gefährlich könnten solche Verbände Hanoi vor allem dann werden, wenn wirtschaftliche Destabilisierung der im zentralen Hochland Vietnams operierenden FURLO (Front unifié pour la Lutte de Races Opprimées)(12) - eine sich aus verschiedenen Kräften rekrutierende Widerstandsbewegung - größeren Zulauf bringen würde und es zur Zusammenarbeit beider Gruppen käme.

Weitere 250.000 Mann starke vietnamesische Truppen bindet Peking - zum anderen - durch seine massive militärische Unterstützung der Roten Khmer in Kampuchea sowie durch militärische, logistische und diplomatische Hilfe beim Aufbau einer nationalen Laotischen Befreiungsfront, der sog. "Front Uni National de Laos pour la Liberation" (FUNLPL). Letztere wurde angeblich im September 1980 von verschiedenen Widerstandsgruppen gegründet; ihr Vorsitzender ist der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident im früheren Souvannah-Phouma-Kabinettt Phoumi Nosavan. Obwohl die militärische Bedeutung dieser auf ca. 40.000 Mitglieder geschätzten Bewegung bislang begrenzt war, könnte eine solche in Südlaos operierende Bewegung durch verstärkte Zusammenarbeit mit den Roten Khmer für Vietnam höchst lästig werden. Vor allem dann, wenn es ihr gelingen würde, die Unterstützung der verschiedenen Vientiane feindlich gegenüberstehenden Minoritäten zu gewinnen und das Reservoir der in Thailand lebenden zahlreichen laotischen Flüchtlinge auszuschöpfen.

Allein schon um diese Strategie nicht zu gefährden, muß sich Peking gegen alle Versuche Vietnams sperren, die militärische Lage zu entspannen. Dies gilt zum einen für die wiederholten Angebote Hanois, die "feindlichen bewaffneten Aktivitäten" an der chinesisch-vietnamesischen Grenze einzustellen und die gemeinsamen Gespräche wiederaufzunehmen, wie es etwa in einer Note vom 30. Januar 1982 geschah.(13) Selbst wenn diese Angebote Hanois ernst gemeint wären - was natürlich nicht ohne weiteres unterstellt werden kann - müßte sie Peking als Propaganda und Heuchelei abtun.

Dasselbe gilt für die Grenze zwischen Thailand und Kampuchea, die für den Nachschub der Roten Khmer und die anderen anti-vietnamesischen Widerstandsorganisationen von

zentraler Bedeutung ist. Um hier die Situation zu entspannen, hatten die Außenminister Kampuchea, Vietnams und Laos auf ihrem Treffen in Vientiane am 16. und 17. Februar 1982 ein 6-Punkte-Kommuniqué herausgegeben, das Bangkok nicht nur anbot, jede Maßnahme mitzutragen, die zur Stabilisierung der Lage an der kambodschanisch-thailändischen Grenze beitragen könne, sondern sogar den Abzug vietnamesischer Truppen in Aussicht stellte.(14) Auch dieses Angebot wurde von chinesischer Seite vehement als "Farce" zurückgewiesen - denn eine Beruhigung an der thailändisch-kambodschanischen Grenze würde nicht nur die Aktionen der Widerstandsgruppen erheblich beeinträchtigen, sondern auch Thailand zu einer konzilianteren Haltung gegenüber Hanoi bringen, was nicht ohne Auswirkungen auf die Haltung der anderen ASEAN-Staaten gegenüber Vietnam bleiben würde. - Dieselben Reaktionen erfuhr im Sommer 1982 das Angebot Vietnams, einen Teil seiner Truppen aus Kampuchea abzuziehen.

Die w i r t s c h a f t l i c h e Auszehrung Vietnams: Mindestens ebenso belastend wie die Verluste an Menschen sind die Kosten, die Vietnam durch den Unterhalt seiner Armeen und Expeditionskorps entstehen und die auch durch die sowjetischen Hilfsleistungen kaum voll ausgeglichen werden können. Insbesondere ist es fraglich, ob eine Sanierung der vietnamesischen Wirtschaft ohne die Wiedereingliederung der dringend benötigten Verwaltungskader und Arbeitskräfte überhaupt möglich ist. Auch die vorgesehene Entsendung von ca. 100.000 gelernten und ungelerten vietnamesischen Arbeitern in die Sowjetunion, die dazu beitragen sollen, die inzwischen auf über 3 Mrd. US\$ angewachsenen Schulden Vietnams abzarbeiten, dürfte der vietnamesischen Volkswirtschaft Schaden zufügen.(15)

Auf die wirtschaftliche Schwächung Hanois zielen aber auch die - vor allem von den USA unterstützten - Anstrengungen Pekings, die Vergabe von Wirtschaftshilfe durch westliche Staaten oder über die Vereinten Nationen zu verhindern. Da die Staaten Westeuropas, aber auch Japan und die ASEAN-Länder die Wiederaufnahme ihrer Hilfe vor allem vom Abzug vietnamesischer Truppen aus Kampuchea abhängig gemacht haben,(16) braucht sich Peking, um die Wiederaufnahme der Hilfe zu verhindern, gar nicht auf diplomatische Initiativen verlassen. Es genügt, die Roten Khmer, die Anlaß und Alibi der Truppen Vietnams in Kampuchea sind, weiter militärisch und politisch zu unterstützen - wie etwa durch die New Yorker Konferenz. Denn solange die Roten Khmer als nennenswerte politische und militärische Kraft existieren, wird sich Vietnam kaum freiwillig aus dem

Nachbarland zurückziehen. Die Hilfe, die Vietnam auf diese Weise verloren geht, ist nicht unbedeutend. Zu ihr gehören neben den 14 Mrd. Yen, die Japan nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kampuchea eingefroren hatte, auch in zunehmendem Maße UN-Mittel. So muß Hanoi, das zwischen April 1975 und Juni 1981 allein 184 Mio. US\$ Nahrungsmittelhilfe vom UN-Welternährungsprogramm bezogen hatte (davon 52 Mio. für Notstandshilfe und 132 Mio. für Entwicklungsprojekte), auf weitere Hilfe verzichten, nachdem sich vor allem die amerikanische Regierung gegen die Bewilligung neuer Projekte sperrt. Ende September 1982 hat Prinz Sihanouk noch einmal eindringlich die UNO aufgefordert, Vietnam jede Hilfe zu verweigern, solange es seine Truppen nicht aus Kampuchea abzieht.

Der Aufbau politischer Alternativen in Laos und Kampuchea

In Laos sind die Erfolge, die Peking in dieser Hinsicht bislang aufzuweisen hat, gering. Zwar kam es - wie schon oben erwähnt - im Laufe der vergangenen Jahre wiederholt zur Gründung von Widerstandsgruppen, doch gelang es bislang keiner von ihnen, sich international als eine politische Alternative zu profilieren. Dies gilt auch für die beiden jüngsten Anläufe. So unternahm im Sommer 1982 Prinz Khamhing, Halbbruder des im Jahre 1980 verstorbenen ehemaligen laotischen Königs Savang Vitthana, den Versuch, in Thailand eine Exilregierung zu bilden. Einen anderen Anlauf startete Phoumi Nosavan, der im August 1982 in Bangkok für den 10. Oktober des Jahres die Gründung einer laotischen Befreiungsregierung mit dem Namen "United Front of Lao People for the Liberation of Laos" (UFLPLL) ankündigte. Daß einige der von Phoumi Nosavan als Minister vorgesehene Kandidaten sich als uninformatiert erwiesen und sich von dem Unternehmen distanzieren, zeigt ebenso, wie unkoordiniert die Bemühungen hier noch verlaufen, wie die Tatsache, daß Phoumi Nosavan selbst von Prinz Khamhing als Verteidigungsminister vorgesehen war. Die mangelnde Koordination mag auch einer der Gründe dafür sein, daß Peking bislang noch für keine Gruppe Partei ergriff. Vielleicht geschieht dies auch erst, wenn die 20.000 laotischen Guerillas, die angeblich in China für den Einsatz in Laos ausgebildet werden, ihre Positionen eingenommen haben. (17)

In Kampuchea stellte sich die Situation von Anfang an ganz anders dar. Dort gab es in den Roten Khmer und der von ihnen gestellten Regierung des Demo-

kratischen Kampuchea (DK) eine Alternative, die nicht nur von der Mehrheit der UN-Mitglieder als rechtmäßige Vertretung des Landes anerkannt wurde, sondern deren 50.000 Guerillas auch die einzige ernstzunehmende Kraft im Kampfe gegen die vietnamesische Invasionsstreitmacht und das Heng-Samrin-Regime bildeten. Nur mit ihrer Hilfe war es Peking überhaupt möglich, die Zermürbungsstrategie gegenüber Hanoi in Kampuchea aufzunehmen, und die umfangreiche militärische, logistische und diplomatische Unterstützung, die die chinesische Führung dem DK bis heute zukommen ließ, zeigt, daß sie sich deren zentraler Bedeutung durchaus bewußt war. Hinzu kommt, daß die DK-Führung weitgehend von China abhängig ist, da sich aufgrund ihrer mörderischen Vergangenheit, die noch immer in Form von Massengräbern zutage gefördert wird, kein anderes Land näher mit ihr einlassen will und kann.

Allerdings war genau dies der Grund, der auch für China die Zusammenarbeit mit dem DK nicht problemlos gestaltete, sondern die chinesische Diplomatie vor eine Reihe höchst diffiziler Aufgaben stellte - im internationalen Bereich wie auch in Kampuchea selbst.

Obwohl das DK 1980 und 1981 bei den Abstimmungen in der UNO breite Mehrheiten erhielt, war seine Position im internationalen Bereich überaus labil. Eine Reihe von Ländern hatte ihm die Anerkennung bereits entzogen - darunter Australien und Indien. Auch die Blockfreien beschlossen 1979 auf ihrer 6. Gipfelkonferenz in Havanna - nicht zuletzt auf Betreiben Indiens und Kubas -, den Sitz Kampuchees vakant zu lassen und das DK nicht zum 7. Gipfeltreffen im Frühjahr 1983 nach New Delhi einzuladen. Zudem wuchs in vielen westlichen Ländern die Kritik an der weiteren Stützung dieses Regimes in der UNO. Wenn die Mehrheit der Generalversammlung es am 18. September 1981 dennoch noch einmal mit 77 gegen 37 Stimmen bei 31 Enthaltungen als legitime Vertreterin Kampuchees anerkannte, so geschah dies bei vielen Staaten nicht aus Sympathie für die Roten Khmer, sondern allein aus Protest gegen die vietnamesische Besetzung sowie aufgrund des Fehlens einer akzeptablen Alternative. Sollte sich jedoch - etwa in Prinz Sihanouk und/oder Son Sann - eine solche Alternative finden, so mußte Peking damit rechnen, daß die Mehrheit in der UNO sehr schnell dahinschmelzen konnte.

Dann aber würde die chinesische Führung in ein Dilemma geraten: Sie würde entweder an dem moralisch wie politisch diskreditierten DK-Regime festhalten müssen und damit gegen den Willen der UN-Mehrheit verstoßen oder aber die neuen Repräsentanten anerkennen und das DK fallen lassen

müssen. Eine weitere Möglichkeit wäre, die neue Führung zwar offiziell anzuerkennen, daneben aber die Hilfe an die Roten Khmer fortzusetzen - sowohl zur Weiterführung des Krieges gegen Hanoi als auch als Druckmittel zwecks chinesischen Wohlverhaltens der neuen kambodschanischen Führung. Ein solches Verhalten würde jedoch die chinesische Politik international, vor allem aber in der Region selbst, wieder stärker ins Zwielicht rücken. Denn es wäre ein Indiz dafür, daß Peking weniger an einem unabhängigen und neutralen als an einem pro-chinesischen und kommunistischen Kampuchea interessiert war. Dies dann auch als chinesische Zielrichtung für die anderen Staaten der Region zu folgern, läge nahe - mit der Konsequenz, daß die ASEAN-Staaten wieder stärker auf Distanz gehen würden. Vielleicht würden sogar diejenigen unter ihnen gestärkt, die bereit waren, die Dominanz Vietnams in Indochina hinzunehmen, um auf diese Weise einen Riegel gegen China zu haben.

Angesichts dieser Perspektiven mußte die chinesische Führung alles tun, um das Entstehen einer ernstzunehmenden Alternative zum DK unter allen Umständen zu verhindern. Als bestes Mittel dazu bot sich die Förderung einer nationalen Einheitsfront aller anti-vietnamesischer Kräfte Kampuchees an. Denn eine solche Einheitsfront würde nicht nur das DK international aufwerten und die Gefahr einer *d e - r e c o g n i t i o n* unterlaufen - mit ihr konnte auch das in Kampuchea vorhandene Widerstandspotential ausgeschöpft und materielle Hilfe aus dem Westen mobilisiert werden. Letztlich würden die Roten Khmer aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit, ihrer größeren organisatorischen Geschlossenheit und der schon bestehenden Basen im Land am meisten von einer solchen Front profitieren: Sie würden in den Genuß westlicher Unterstützung kommen und wären in der Lage, selbst bei international beaufsichtigten Wahlen ihre politische Position im Land zu behaupten.

Die Vorteile waren so evident, daß die chinesische Führung keine Mittel und Wege scheute, um international die Stellung des DK zu stützen und die anderen beiden Führer, die sich für den Widerstand gegen das Heng-Samrin-Regime rüsteten - Prinz Sihanouk und Son Sann - für die Einheitsfront zu gewinnen. Doch gerade die Roten Khmer selbst erwiesen sich dabei als das größte Hindernis: zum einen, weil ihre wachsende militärische Stärke die Angst der bislang militärisch schwachen nicht-kommunistischen Gruppen schürte, ihnen nach dem Abzug der Vietnamesen wieder hilflos ausgeliefert zu sein; zum anderen weil die Pol-Pot-Führung im Lande so diskreditiert war, daß die anderen beiden Führer befürchten mußten, sich durch eine Zusam-

menarbeit mit ihnen zu kompromittieren. Hinzu kam, daß sie selbst sich - aus persönlichen und politischen Gründen - gründlich mißtrauten. Wenn sich die drei Parteien - repräsentiert durch Sihanouk für die "Vereinte Nationale Front für ein unabhängiges, neutrales, friedliches und kooperatives Kampuchea", Son Sann für die "Khmer Nationale Volksfront" und Khieu Samphan als Ministerpräsident des DK - dennoch vom 4.-6. September 1982 in Singapur trafen und in einer "Gemeinsamen Erklärung"(18) ihre Bereitschaft zu einer Koalitionsregierung zu Protokoll gaben, so war dies weniger ein Indiz für neu entdeckte Gemeinsamkeiten als ein Ergebnis des wachsenden Drucks, den Peking, Washington sowie einzelne ASEAN-Staaten auf sie ausübten.

Angesichts der bestehenden Rivalitäten, Ängste und Animositäten überraschte es auch nicht, daß es fast ein ganzes Jahr gedauert hat, bis sich schließlich im Juli 1982 "irgendwo im Dschungel Kampuchreas" eine Drei-Parteien-Koalition als Gegenregierung zum Regime in Pnom Penh konstituierte - mit Sihanouk als Vorsitzenden, Khieu Samphan als stellvertretenden Vorsitzenden mit Zuständigkeit für die Außenpolitik und Son Sann als Ministerpräsident.(19) Diesem Akt war ein monatelanges Ringen vorausgegangen, das erst am 22. Juni 1982 - auf massiven Druck Chinas und der ASEAN-Staaten zur Unterzeichnung einer "Deklaration über die Gründung einer Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea" führte.(20)

Auf den ersten Blick sieht diese Deklaration für die beiden nicht-kommunistischen Gruppen ganz passabel aus - sie behalten ihre politische Identität, organisatorische Eigenständigkeit und Aktionsfreiheit, und die Koalitionsregierung hat kein Recht, diese Selbstbestimmung in irgendeiner Weise einzuschränken. Andererseits enthält die Deklaration natürlich auch jenen Punkt, auf den es Peking und den Roten Khmer vor allem ankam: die Anerkennung, daß die Koalitionsregierung "in der Legitimität und im Rahmen des Staates des Demokratischen Kampuchea (steht), der ein Mitglied der Vereinten Nationen ist" und sich für die Behauptung dieses Sitzes in den Vereinten Nationen einsetzen wird. Dieser Punkt ist sogar doppelt abgesichert. Denn für den Fall der Funktionsunfähigkeit der Koalitionsregierung soll "der gegenwärtige Staat des Demokratischen Kampuchea", so anerkennen die Unterzeichner, "das Recht haben, als der einzig legitime Staat Kampuchea und als ein Mitglied der Vereinten Nationen seine Aktivitäten wieder aufzunehmen, um die Kontinuität des Staates des Demokratischen Kampuchea zu sichern."

Inzwischen hat sich gezeigt, daß die Rechnung Pekings aufging: Die Diskussionen über die mörderische Vergangenheit der Roten Khmer sind abgeflaut und ihre internationale Position hat sich im Rahmen der Einheitsfront stabilisiert. Denn nicht zuletzt aufgrund des internationalen Ansehens von Prinz Sihanouk und seiner unermüdlichen Reisetätigkeit konsolidierte sich die DK-Mehrheit in den Vereinten Nationen: Mit 90 gegen 29 Stimmen bei 26 Enthaltungen und 11 Ländern, die der Abstimmung fernblieben, lehnte die 37. Generalversammlung einen Antrag ab, dem Regime des "Demokratischen Kampuchea" die Anerkennung zu entziehen.

Sollte es Sihanouk zudem noch gelingen, im März dieses Jahres von der Konferenz der Blockfreien als Vertreter Kampuchreas anerkannt zu werden, so müßten es sich Hanoi - und Moskau - gründlich überlegen, ob sich die weitere Unterstützung des Heng Samrin-Regimes noch auszahlt. Doch selbst wenn sich Sihanouk in New Delhi noch nicht durchsetzen kann, stellt sich für Moskau dieselbe Frage - dann vielleicht sogar noch eher, da ein Kurswechsel nicht mit einem Gesichtsverlust verbunden wäre. Denn sofern die sowjetische Führung tatsächlich an einer Verbesserung ihrer Beziehungen zu Peking interessiert ist, könnte sie in Kampuchea durch die Unterstützung Sihanouks ein Zeichen ihres guten Willens setzen. In diesem Falle würde dann auch der vietnamesischen Regierung nichts anderes übrigbleiben, als die international wie wirtschaftlich allzu kostspielig gewordenen Positionen in Kampuchea zu räumen - als Gegenleistung für die seit langem von China geforderte Nichtangriffs- und Nichteinmischungsgarantie. Meldungen, denen zufolge China der Sowjetunion einen Plan zur Lösung des Kampuchea-Konfliktes vorgelegt hat, der als Gegenzug für den Abzug der vietnamesischen Truppen aus dem Nachbarland innerhalb einer "vernünftigen Zeitperiode" eine schrittweise Verbesserung seiner Beziehungen zu Hanoi vorsieht sowie Gerüchte über Geheimverhandlungen zwischen der Heng-Samrin-Regierung und Sihanouk bestätigen, daß Bewegung in die bislang starren Fronten gekommen ist. (21)

Mit dem Abzug der vietnamesischen Truppen und der Bildung eines blockfreien Kampuchea hätte Peking wesentliche Ziele seiner Indochina-Politik erreicht: Die Gefahr einer von Hanoi dominierten indochinesischen Konföderation wäre gebannt, der Einfluß Vietnams in der Subregion erheblich reduziert und in Kampuchea unter Sihanouk eine China freundlich gesonnene Regierung an der Macht.

Zusammenfassung und Ausblick

Vergleicht man - aus chinesischer Sicht - die derzeitige Situation in Indochina mit derjenigen während der zweiten Hälfte der 70er Jahre, so sind Verbesserungen unübersehbar. Zwar hat sich weder etwas an der militärischen Dominanz Vietnams geändert noch ist der Einfluß Moskaus zurückgegangen. Im Gegenteil, dieser ist vielleicht sogar noch gewachsen, und das Interesse der sowjetischen Führung an den strategischen Möglichkeiten der Subregion ist so groß wie eh und je. Und doch hat sich - im ganzen gesehen - die Lage für Hanoi und Moskau verschlechtert. Die Politik der beiden Staaten ist in die Defensive geraten und ihre Versuche, die Offensive zurückzugewinnen, sind nicht sonderlich überzeugend und aussichtsreich. Trotz verzweifelter Bemühungen und sowjetischer Hilfe ist der Zustand der Wirtschaft Vietnams desolat und ohne hoffnungsvolle Perspektive. Auch die Beziehungen zwischen den Verbündeten sind - durch eine Reihe von Faktoren belastet - eher schwieriger geworden. Dagegen beginnt der Widerstand in Kampuchea Tritt zu fassen, und auch in Laos stehen schwierigere Zeiten bevor. In beiden Ländern muß Hanoi mit größeren Belastungen rechnen. Auch für ein Arrangement mit den ASEAN-Staaten gibt es keine Anzeichen; für Hoffnungen, daß sie sich schließlich mit der Lage in Indochina abfinden werden, fehlt heute jedes Indiz. Vielmehr wächst auch ihr Widerstand und wird sowohl durch die unversöhnliche Haltung Washingtons und Pekings bestärkt wie durch die Zugewinne in der UNO.

Das alles muß nicht notwendigerweise zu einer grundsätzlichen Änderung der Politik Moskaus und Hanois führen - zumindest nicht in der nächsten Zukunft. Doch auch die Fortsetzung der gegenwärtigen Politik dürfte die chinesische Führung nicht weiter berühren. Denn da sie für China keine unmittelbare Bedrohung darstellt und die Kosten der jetzigen Situation gering sind, besteht kein Anlaß für Ungeduld und substantielle Zugeständnisse. Selbst eine Verschärfung der militärischen Lage in der Region, etwa an der thailändisch-kambodschanischen Grenze, würde daran wenig ändern. Denn sie wäre ohne große Mühe propagandistisch als ein weiteres Indiz für den Expansionismus Hanois und Moskaus auszuschlachten und würde die Haltung der ASEAN-Staaten nur weiter verhärten.

Eine Fortsetzung des begrenzten Konfliktes dürfte für die chinesische Führung jedoch noch aus einem anderen Grund ins strategische Konzept passen: Schon während der letzten Jahre mehrten sich die Anzeichen dafür, daß sie

damit beschäftigt war, im Schutz und Schatten ihrer anti-vietnamesischen Politik durch materielle und militärische Hilfe an die in der Subregion operierenden Guerilla-Verbände ihren eigenen Einfluß auszubauen. Und zwar nicht nur in Kampuchea und Laos, sondern wahrscheinlich auch in Thailand und Birma. Wenn man derzeit über die Guerilla-Aktivitäten in den beiden letztgenannten Ländern nur wenig hört, so wohl vor allem, weil Peking im Kampf gegen Hanoi und Moskau auf gute Beziehungen zu den betreffenden Regierungen angewiesen ist und somit kein Interesse hat, diese zu beunruhigen und in die Arme der anderen Großmächte zu treiben. In dem Bestreben, deren Position in der Region weiter zu schwächen und den eigenen Einfluß allmählich auszubauen, stellt sich der chinesischen Diplomatie vielmehr die diffizile Aufgabe, im Rahmen einer nicht ganz einfachen Doppelstrategie einerseits das Vertrauen der betreffenden Regierungen der Region zu erhalten, andererseits aber die pro-chinesischen Guerilla-Bewegungen allmählich zu politisch und militärisch ernstzunehmenden Alternativen aufzubauen. Denn mit ihnen gewinnt sie im Laufe der Zeit die Instrumente, die sie benötigt, um die dortigen Regierungen bei Bedarf zu politischem Wohlverhalten zu zwingen bzw. schließlich durch Regierungen ihres Vertrauens zu ersetzen. Die anti-hegemonialen Beteuerungen von heute können schon morgen der Schnee von gestern sein, und China wäre die einzige Großmacht, die sich nicht um einen *c o r d o n s a n i t a i r e* abhängiger Staaten bemühen würde. Das vietnamesische Mißtrauen ist keineswegs so unbegründet wie es gelegentlich hingestellt wird. Im Rückblick könnten sich Kampuchea und die Roten Khmer als der Testfall dieser Strategie erweisen, und es bleibt abzuwarten, ob und wie es Sihanouk gelingt, sich seiner ungeliebten Bündnispartner zu erwehren.

Sowohl die Intransigenz Hanois wie die allzu sorglose Politik der westlichen Staaten tragen somit langfristig zur Stärkung des chinesischen Einflusses auf dem südostasiatischen Festland bei. Daß dieser auf Dauer nicht ohne Auswirkungen auf die anderen Staaten der Region - Malaysia, Singapur, Indonesien - bleiben wird, liegt auf der Hand, vor allem wenn man ihn im Zusammenhang mit den chinesischen Ansprüchen im südchinesischen Meer sieht.

Anmerkungen

- 1 A/Res/35/6 siehe dazu: Vereinte Nationen (=VN) 1/82, S.26f. sowie S.35f.

- 2 Auszüge des Kommunikués über die Außenministertagung des Verbandes Südostasiatischer Staaten in Manila am 17. und 18. Juni 1981, in: Europa Archiv, Folge 19/1981, S. D 517-522.
- 3 A/Conf. 109/L. 1/Add. 1. Ein detaillierter Vergleich der beiden Texte findet sich bei Peter Schier, Die politische Entwicklung Kambodschas seit 1970, der kambodschanisch-vietnamesische Konflikt und die Möglichkeiten seiner Lösung, in: China aktuell, Juli 1981, S.445f.
- 4 Indochina von Peking aus gesehen. Gespräch mit Jean Lacouture, Stuttgart 1972, S.147f.
- 5 Ein historischer Rückblick auf die chinesische Politik gegenüber den Staaten Indochinas findet sich bei Takashi Tajima, China and South-East Asia: Strategic Interests and Policy Prospects, in: Adelphi Papers No.1972 (Winter 1981).
- 6 Ein umfassender Artikel von Sun Fusheng über die Bedeutung Südostasiens im Rahmen der sowjetischen "Expansionsstrategie" findet sich in Hongqi, 1.2.1982.
- 7 Eine balancierte Untersuchung findet sich bei Michael Leifer, The Security of Sea-lanes in South-East Asia, in: Survival, Jan./Febr. 1983, S.16-24.
- 8 Siehe dazu Hans Bräker, Die Aufnahme Vietnams in den RGW und die Politik der Sowjetunion und der VR China in Südostasien (Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien (BOIS) 7-1979).
- 9 Zur chinesischen Position siehe die Rede von Han Nianlong am 13. Juni 1981 der Internationalen Kampuchea-Konferenz, Text in: Beijing Rundschau (= BR) 29/1981, S.13-16 sowie die Rede des Stellvertretenden Außenministers Zhang Wenjin am 23. Sept. 1981 auf der 36. UN-Vollversammlung, BR 40/1981, S.23f. Eine ausführliche Darstellung der chinesischen Position zum sino-vietnamesischen Konflikt und seinen historischen Hintergründen legte auch die Zeitschrift "Studien zu internationalen Fragen" (Gouji Wenti Yanjiu) unter dem Titel "Die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen" vor. (Eine deutsche Übersetzung findet sich in BR 41-43/1981). Auch hier gipfelt die Argumentation im Vorwurf des "Regionalhegemonismus" und der Kollaboration mit den Hegemonialbestrebungen der Sowjetunion sowie in der Forderung, Vietnam möge in einer "Antihegemonialklausel" dieser Politik abschwören.
- 10 Zur sowjetischen Indochina-Politik siehe: Sowjetunion 1980/81. Ereignisse, Probleme, Perspektiven. München/Wien 1981, S.296ff.
- 11 Süddeutsche Zeitung, 30./31.Okt./1.Nov.1982.

- 12 Zur Entwicklung der FURLO siehe: China aktuell, Nov. 1980, S.962, Januar 1982, S.31f. sowie: Südostasien aktuell, Sept. 1982, S.42f.
- 13 Radio Hanoi, in: Summary of World Broadcasts (SWB), 1.2.1982.
- 14 VNA, in SWB, 5.3.1982.
- 15 International Herald Tribune, 9.11.1981, Süddeutsche Zeitung, 22. April 1982.
- 16 Eine gewisse Änderung des Kurses zeichnet sich in der Politik der neuen sozialistischen Regierung Frankreichs ab, die Ende 1981 finanzielle Entwicklungshilfe in Höhe von 200 Mio.frs gewährte. CA, 3/82, 164. Auch Indien stellte - wie schon 1981 - für 1982 Hanoi einen Kredit in Höhe von 100 Mio. Rupien in Aussicht und verstärkte auch auf anderen Gebieten die Zusammenarbeit mit Vietnam.
- 17 Zur Situation des laotischen Widerstandes siehe: China aktuell, Nov. 1982, S.679f.
- 18 Der Wortlaut der "Gemeinsamen Erklärung" findet sich in: BR 37/38, 1981. S.8/9.
- 19 Süddeutsche Zeitung, 13. Juli 1982.
- 20 Der Wortlaut der Deklaration findet sich in: BR 27/1982, S.13-14.
- 21 Süddeutsche Zeitung, 18. und 27. Januar 1983.